

1. Der politische Rahmen

In der Bundesrepublik Deutschland herrscht eine Politik der grandiosen Umverteilung von Unten nach oben.

Erst diese Politik ist es, die zur viel bejammerten Finanznot der öffentlichen Kassen führt. Diese Finanznot wird dann für die Begründung der „Notwendigkeit“ der Privatisierung von „öffentlichem Eigentum“ – d.h. für den Verkauf von Eigentum des Bundes, der Länder und der Kommunen herangezogen.

Mit offenkundigen Beispielen von Misswirtschaft in öffentlichen Unternehmen wird die ideologische Begründung nachgeschoben, dies könne in „privatwirtschaftlichen“ Unternehmen nicht passieren, dort würde „der Markt“ so etwas verhindern. Der Markt werde es besser richten, als die Politik. Manchmal wird eingeschränkt, der „kontrollierte“ Markt werde es besser richten.

Im Ergebnis wird tatsächlich immer mehr öffentliches Eigentum verkauft, weitgehend jeder demokratischen Kontrolle entzogen und der unverhüllten Profitwirtschaft zugeführt.

Als Teil dieses realen Prozesses diskutiert die Linke über die Rolle des Eigentums.

Gravierende Privatisierungen in Dresden oder in Berlin und weniger spektakuläre Fälle anderswo waren / sind schließlich ohne die Mitwirkung der Linkspartei.PDS nicht möglich. Diese Diskussion gewinnt besondere Bedeutung innerhalb des Prozesses zur Konstituierung der neuen „Linken“ und der dazu erforderlichen Entwicklung einer Programmatik.

2. Der Grundkonflikt

Auseinandersetzungen über die Stellung zum Eigentum waren und sind Bestandteil der Entwicklung der SED-PDS, der PDS und heute der Linkspartei.

Dabei scheint der einzige Konsens zu sein, dass es einen innerparteilichen Konsens zu dieser Frage nicht gibt, allenfalls eine in der Partei herrschende Meinung (definiert als Meinung entscheidender Funktionsträger). Dies ist gerade im Prozess der Herausbildung der neuen Linken von großer Bedeutung.

Zur Beschreibung des Grundkonfliktes innerhalb der Linken hier zunächst eine Zusammenfassung der Positionen zum Eigentum in der dritten Fassung der „Programmatischen Eckpunkte“, die schließlich zur vorläufigen programmatischen Grundlage der „Linken“ werden sollen:

„Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben zu unterwerfen. Wir wollen eine breite Diskussion darüber führen, wie dies konkret realisiert werden kann. In diesem Zusammenhang wollen wir klären, wie öffentliches Eigentum als Grundlage demokratischer Politik und Daseinsvorsorge erweitert, sowohl sozial als auch effizient gestaltet und genutzt werden kann.“²

Und an anderer Stelle: . „Unsere Anerkennung gilt den Bemühungen um eine sozial- und wohlfahrtsstaatliche Eindämmung des Kapitalismus ebenso wie Versuchen einer Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse.“³

„Im öffentlichen Eigentum an Einrichtungen der Daseinsvorsorge und öffentlicher Zuständigkeit für sie sehen wir eine unverzichtbare Grundlage einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft.“⁴

¹ Ralf Christoffers, Eigentum verpflichtet!/? Eigentumspluralität als notwendiges Prinzip linker Politik. O.A. 2006

² Programmatische Eckpunkte Beschluss der gemeinsamen Vorstandssitzung von Linkspartei.PDS und WASG am 22. Oktober 2006 in Erfurt, Internetfassung, S. 2.

³ Ebenda.

„Notwendig ist die Überwindung aller Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, "in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Karl Marx).“⁵

Auf den Punkt gebracht wird, dass wir uns „für die Aufwertung und rechtliche wie finanzielle Absicherung der Eigentumsformen einer solidarischen Ökonomie und ein umfassendes System sozialer Sicherheit“ einsetzen.⁶

Nach den „Programmatischen Eckpunkten“ will die Linke auf der kommunalen Ebene für „den Erhalt der öffentlichen kommunalen Daseinsvorsorge und die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung: Öffentliche Daseinsvorsorge für Bildung, Gesundheit, Betreuung und Kultur, für Mobilität, Wasser, Gas und Strom ist elementarer Bestandteil sozialer Sicherheit“ eintreten. „Deshalb verteidigen wir die öffentliche Daseinsvorsorge und treten für ihre Ausweitung ein. Wir wollen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und Versorgungsunternehmen verhindern.“⁷

Gefordert wird der Stopp der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und die Überführung wichtiger Naturressourcen in Staatseigentum.⁸

Und gefragt – weil unter den Autoren aus Linkspartei und WASG noch strittig – wird: „Welche Möglichkeiten und Instrumente einer Demokratisierung der Wirtschaft und der Unterwerfung der Verfügungsgewalt über Eigentum unter soziale Kriterien gibt es? Inwieweit müssen dazu auch kapitalistische Eigentumsverhältnisse aufgehoben werden? Wie soll eine demokratische Steuerung der Grundlinien wirtschaftlicher Entwicklung realisiert werden?“⁹

Welche Positionen bezieht nun Ralf Christoffers bei der Antwort auf diese Frage?

Er erklärt es zu seinem Ziel, „Eigentumspluralität als notwendiges Prinzip der Gesellschaftsentwicklung auch im Verständnis linker Politik zu verankern“.¹⁰

Für ihn sind Eigentums-, Markt- und Konkurrenzbeziehungen Ausdruck „des erreichten Standes gesellschaftlicher Entwicklung und notwendiges Instrument zum Austausch von Produkten und Leistungen, Damit sind sie weder a priori sozial noch unsozial sondern ein gesellschaftliches Beziehungsgeflecht.“

Diesen Ansatz möchte er akzeptiert sehen „um einen gesellschaftlichen Diskurs darüber führen zu können, welche Möglichkeiten und Grenzen marktregulierte Systeme aufweisen.“

Er möchte nicht „das gesellschaftliche Beziehungsgeflecht Eigentum als Ganzes“ zur Diskussion stellen, sondern nur „die Art und Weise, wie es funktioniert.“¹¹

Markt- und Konkurrenzbeziehungen sind nach Ralf Christoffers also „weder a priori sozial noch unsozial“.

Ich verzichte auf eine eigene Bewertung und entgegne mit Dieter Klein:

⁴ Ebenda, S. 4.

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda, S.4 f.

⁷ Ebenda, S. 7.

⁸ Ebenda, S. 11.

⁹ Ebenda, S. 13

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Ebenda, S. 13.

„Eigentum ist also ein sehr folgenreiches Verhältnis. Es begründet den Ausschluss von Menschen (Nichteigentümern) aus wichtigen gesellschaftlichen Zusammenhängen (Exklusion) oder vermag sie einzuschließen (Inklusion). Es konstituiert Konkurrenzverhältnisse...

Eigentum an Wirtschafts-, Wissenschafts-, Bildungs- und Naturressourcen verleiht Macht, die Herrschaft der Eigentümer über Nichteigentümer ermöglicht – wenn auch potenziell gebrochen durch nichtökonomische Machtressourcen, beispielsweise durch politischen Einfluss von Gegenmächten, Bildung, Wissen, Information bei Nichteigentümern von Produktionsmitteln und moralische Gegengewichte. Jedoch:...

Die Gestalt der Realisierung von Kapitaleigentum ist der Profit. Dessen Dominanz in Wirtschaft und Gesellschaft als wichtigster Entscheidungsmaßstab vor sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit hat destruktive Folgen:

- Ausbeutung und Armut selbst in reichen Ländern und erst recht in vielen abhängigen Regionen der Erde,
- Umweltzerstörung,
- kultureller Niedergang nach dem Maßstab von Einschaltquoten und Marktanteilen in der Medienwelt,
- soziale Unsicherheit durch die soziale Kälte der Märkte.

Solche ökonomische Macht als Herrschaft der ökonomischen Eliten nimmt Millionen Menschen die Möglichkeit zur Entfaltung ihrer Individualität und enteignet sie von Macht als Gestaltungspotenzial.¹²

Genug. Kapitaleigentum realisiert sich auch in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Brandenburg durch Profit und der dominiert in der real bestehenden Gesellschaft als wichtigster Entscheidungsmaßstab vor der und über die soziale Gerechtigkeit. Das ist a priori unsozial und darf in einer sich neu formierenden linken Partei eben nicht – wie Ralf Christoffers fordert – als gegeben akzeptiert und aus der Diskussion ausgeschlossen bleiben.

3. Der Eigentumsbegriff

Ralf Christoffers führt in einem begrifflichen Exkurs aus: „Eigentumsverhältnisse bestehen zwischen Personen oder sozialen Gruppen, die auf Eigentum bzw. die Verfügung (z. B. Besitz) von Produktionsmitteln, Grund und Boden, Naturressourcen, Produkten, Finanzmassen usw. beruhen...

Eigentum bzw. Verfügungsgewalt über Eigentum schafft einerseits die Möglichkeit, Personen oder soziale Gruppen in den Umgang mit diesen Gütern (einschl. Informationen) einzubeziehen und andererseits die Notwendigkeit, dass sich Individuen bzw.

Personengruppen zu den Eigentümern bzw. Verfügungsberechtigten in eine Beziehung setzen (z.B. Mieter, Arbeitsverhältnisse, Abhängigkeiten des KMU-Bereiches von Kreditinstitutionen, Pächter, Nutzer).“¹³

Diese Ausführungen entziehen sich meiner Kritik.

Deshalb zur Klärung:

Eigentum:

historisch bestimmte gesellschaftliche Form der Aneignung materieller Güter, die den Eigentümer berechtigt, unmittelbar die Sache zu besitzen, sie zu nutzen und über sie zu verfügen.¹⁴

¹² Dieter Klein, Eigentumsverhältnisse und Macht Dezember 2001
http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/klein.pdf

¹³ Ebenda, S. 5.

¹⁴ Meyers Lexikon A-Z, VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1974, S. 230.

Besitz:

Nach dem BGB die tatsächliche unmittelbare Gewalt einer Person über eine Sache.¹⁵

Wem „veraltete“ Begriffe aus der DDR nicht liegen, der orientiere sich an § 903 des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Bürgerlichen Gesetzbuches: „Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Rechte Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen.“

Bei Wikipedia wird ausgeführt: „Die Eigentumsordnung einer Gesellschaft regelt, wer über was verfügen darf. Sie ist damit von fundamentaler Bedeutung für das gesamte soziale Leben. Eigentum und Besitz werden sprachlich oft gleichgesetzt, sind jedoch im juristischen und ökonomischen Kontext streng von einander zu unterscheiden. So kann ein Gegenstand sich vorübergehend oder auf Dauer im Besitz einer anderen Person als des Eigentümers befinden (zum Beispiel bei einer Mietwohnung).

Daneben wird der Begriff des Eigentums umgangssprachlich auch für das Objekt des Eigentums verwendet ("Das ist mein Eigentum.").

In der deutschen juristischen Fachsprache bezeichnet der Begriff Besitz grundsätzlich die tatsächliche Herrschaftsmacht einer Person über eine Sache. Maßgebend für die Frage, ob jemand eine Sache in Besitz hat, ist also nicht, ob diese Sache seinem Eigentum zuzurechnen ist, sondern ob er - unabhängig von der rechtlichen Zuordnung - die Sache tatsächlich inne hat. In diesem Sinne haben auch der Mieter Besitz an der Wohnung und sogar der Dieb Besitz an dem gestohlenen Gegenstand.¹⁶

Nach dieser begrifflichen Klärung liest sich der folgende Abschnitt sehr eigenartig:

„Die Wirkung aus der Nutzung bzw. der Verfügungsgewalt über Eigentum kann die gleiche sein bzw. die Verfügungsgewalt kann sogar einen noch größeren Wirkungsgrad in der Gesellschaft entfalten.

Es muss also darum gehen, sich nicht nur auf den Eigentumsaspekt an sich zu beschränken, sondern es ist unumgänglich, die Nutzungs- und Verfügungsmöglichkeiten darüber in einen gesellschaftlichen Rahmen zu stellen¹⁷

Würde der Eigentumsbegriff in diesem Text durch den allgemein anerkannten Inhalt des Begriffs Eigentum ersetzt, läse er sich so:

„Die Wirkung aus der Nutzung bzw. der Verfügungsgewalt über die Verfügungsgewalt kann die gleiche sein bzw. die Verfügungsgewalt kann sogar einen noch größeren Wirkungsgrad in der Gesellschaft entfalten.

Es muss also darum gehen, sich nicht nur auf den Aspekt der Verfügungsgewalt an sich zu beschränken, sondern es ist unumgänglich, die Nutzungs- und Verfügungsmöglichkeiten darüber in einen gesellschaftlichen Rahmen zu stellen.

Kein weiterer Kommentar. Das Problem besteht allerdings darin, dass die ganze Ausarbeitung von Ralf Christoffers mit solchen begrifflichen Problemen behaftet ist.

¹⁵ Ebenda, S. 105.

¹⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Eigentum>

¹⁷ Christoffers, Eigentum verpflichtet, S.. 23.

Der Versuch, Eigentum und die Verfügungsgewalt über Eigentum zu trennen, muss in die Irre führen, weil die Verfügungsgewalt weitgehend den Inhalt des Begriffs Eigentum ausmacht.

Ähnlich unkorrekt ist der Umgang mit dem Begriff „öffentlich-rechtlicher Unternehmen“. Das *öffentliche Recht* regelt das Verhältnis des Einzelnen zum Staat oder anderen Trägern öffentlicher Gewalt sowie das Verhältnis der Verwaltungsträger oder Staaten zueinander. Öffentlich-rechtliche Unternehmen / Anstalten des öffentlichen Rechts / Eigenbetriebe können damit ausschließlich in der Regie des Bundes, der Länder oder der Kommunen geführt werden.

Für eine Privatisierung derartiger Einrichtungen ist deren Umwandlung in Unternehmen des Privatrechts (z.B. aus dem Eigenbetrieb in die GmbH) notwendige Voraussetzung.

Aber auch unabhängig von einem – häufig anschließenden – Verkauf von Teilen oder des ganzen Unternehmens: mit der Umwandlung haben diese Unternehmen bereits den Status „öffentlich-rechtlich“ verloren. Dies schlägt sich für Betroffene häufig in schmerzhaften tariflichen Einbußen nieder, auch wenn nicht verkauft wird. Von daher betrachte ich das Verständnis von Ralf Christoffers für „nominelle Privatisierungen“ (S. 35) mit Skepsis. Dies mag seine Position sein. Als „Grundposition der Linkspartei.PDS in Brandenburg in Bezug auf den Umgang mit öffentlich-rechtlichen Unternehmen und Beteiligungen“ (S. 34) kann ich sie nicht akzeptieren.

Am Rande ist festzustellen, dass Ralf Christoffers die in den „Programmatischen Eckpunkten“ ausdrücklich betonte Verhinderung des Ausverkaufs kommunaler Wohnungen bei der Aufzählung der seiner Meinung nach ausgeschlossenen Privatisierungen nicht erwähnt.

Tatsächlich sind öffentlich-rechtliche Unternehmen – wie auch Ralf Christoffers schreibt - für die öffentliche Daseinsvorsorge unverzichtbar.

So konnten die Privatisierungen der Müllentsorgung durch die Altkreise in den 90er Jahren im Landkreis Oder-Spree rückgängig gemacht werden. Das war – vor allem auch in finanzieller Hinsicht – ein Segen für viele Menschen. Immerhin konnten so für einige Zeit Gebühren stabilisiert oder sogar gesenkt werden, weil kein Profit mehr gemacht werden musste. Ich meine, wir sollten noch mehr in diese Richtung gehen.

4. Zusammenfassung

Während eine brutale Privatisierungswelle durch das Land rollt, an der auch Politikerinnen und Politiker der Linkspartei.PDS nicht unbeteiligt sind, sieht es Ralf Christoffers als wichtige Aufgabe an, in der Linken Verständnis für progressive Wirkungen des Privateigentums zu entwickeln. Die dabei entwickelten theoretischen Ansätze entziehen sich häufig jeder seriösen Kritik.

Welche politischen Wirkungen dies im Kampf gegen den Privatisierungswahn und bei der Erarbeitung einer linken Programmatik im Parteibildungsprozeß zeitigt, liegt auf der Hand. Ich teile diese Position nicht.

Dr. sc. phil Artur Pech

Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Linkspartei.PDS im Kreistag Oder-Spree.
Vorsitzender des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Kreistag.